

II-4041 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode



FRAU BUNDESMINISTER  
DR. MARILIES FLEMMING  
70 0502/47-Pr.2/88

26. April 1988

1031 WIEN, DEN .....  
RADEZKYSTRASSE 2  
TELEFON (0222) 75 56 86

1796/AB  
1988 -05- 02  
zu 1721/J

An den  
Herrn Präsidenten  
des Nationalrates  
  
Parlament  
1017 W i e n

Auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Dillersberger, Hintermayer, Huber, Ing. Murer vom 1. März 1988, Nr. 1721/J, betreffend den Einsatz eines digitalen Bildschirmverarbeitungsgerätes für den Bodenschutz, beehre ich mich folgendes mitzuteilen:

Zu 1:

Das Umweltbundesamt arbeitet z.Z. an der Fertigstellung der Arbeiten eines naturwissenschaftlichen Teiles eines österreichischen Bodenschutzkonzeptes.

An der Erstellung des Konzeptes waren ca. 120 Experten aus Wissenschaft und Verwaltung beteiligt. Im Rahmen der Arbeit ist u.a. auch der Istzustand der österreichischen Böden bzw. sind die derzeit vorhandenen bodenrelevanten Daten erhoben worden. Probleme wurden aufgezeigt und notwendige Maßnahmen - auch legislatischer Natur - zum Schutz des Bodens empfohlen.

Die Zusammenstellung der Materialien zeigt einen zum Teil sehr großer Nachholbedarf im Hinblick auf die Erfassung der qualitativen Beschaffenheit, d.h. die Belastungen der verschiedenen Böden. Flächendeckende Untersuchungen z.B. über den Schwermetallgehalt ackerbaulich genutzter Böden sind österreichweit

- 2 -

noch keine vorhanden. Im Zusammenhang mit der Aufbringung von Klärschlamm auf landwirtschaftlich genutzte Flächen existieren Daten von den beschlammten Böden. Ein Rückschluß auf die österreichische Gesamtsituation ist hinsichtlich der zahlreichen anderen Schwermetallelementen weder zulässig noch möglich.

Die intensive landwirtschaftliche Nutzung ist mit dem Einsatz von Pestiziden verbunden. Auch hier sind erst Ergebnisse von einigen wenigen regionalen Untersuchungen bekannt. Der Grund dafür liegt in der organischen Spurenanalytik, die besonders kompliziert und arbeitsaufwendig ist. Weiters erhöhen die beim Abbau der eingesetzten Wirkstoffe entstehenden Metaboliten die analytischen Probleme.

Die Veröffentlichung des Bodenschutzkonzeptes und der darin enthaltenen Empfehlungen wird verdeutlichen, daß große Anstrengungen notwendig sind, einen wirksamen Bodenschutz zu erzielen.

Notwendig werden u.a. sein:

- die Reduktion sämtlicher Emissionen
- der absolute Schutz von Grundwasservorsorgegebieten als Reserve für die künftige Trinkwassernutzung
- die Extensivierung der Landwirtschaft durch allgemeine Reduktion betriebsfremder Produktionsmittel
- die möglichst lang dauernde Bodenbedeckung durch Kulturpflanzen zum Schutz gegen Bodenerosion
- der weitestgehende Verzicht auf Monokulturen
- die Durchführung von Umweltverträglichkeitsprüfungen bei zahlreichen umweltbelastenden Projekten
- der sorgsame Umgang mit dem alpinen Raum, insbesondere im Zusammenhang mit dem Tourismus.

- 3 -

Das Umweltbundesamt hat im Jahre 1987 in 5 Gemeinden des Marchfeldes Boden- und Grundwasseruntersuchungen auf Fungizide und Herbizide vorgenommen und dabei festgestellt, daß außer Atrazin noch zumindest ein anderer Wirkstoff (2,4 - DP) im Wasser eindeutig nachzuweisen war. Das Ergebnis beweist erneut die Notwendigkeit einer verstärkten Bedachtnahme auf das Pestizidproblem im Rahmen des Bodenschutzes und eine verstärkte Berücksichtigung von Umweltschutzaspekten im Pflanzenschutzmittelgesetz.

Bei der Erstellung einer Studie über die Hütte Brixlegg der AMAG AG hat das Umweltbundesamt u.a. die Belastung von Bodenproben auf Dioxine analysiert. Die Analysen zeigten beträchtliche Belastungen. Die für den Betrieb zuständige Behörde veranlaßte daraufhin Maßnahmen zur Minderung der Belastung.

Zu 2:

Im Umweltbundesamt befindet sich kein Gerät zur digitalen Bildverarbeitung, das derzeit nicht eingesetzt wird.

Alle Bildverarbeitungsgeräte des Umweltbundesamtes werden trotz der insgesamt unzureichenden personellen Situation des Umweltbundesamtes intensiv genutzt.

Dem Umweltbundesamt ist nicht klar, welches der digitalen Bildverarbeitungsgeräte des Amtes überhaupt für die Bundesanstalt für Bodenkultur verwendbar wäre, zumal die Bundesanstalt für Bodenkultur keinen Rechner zur Verfügung hat, der den Einsatz eines der digitalen Bildverarbeitungsgeräte des Umweltbundesamtes überhaupt gestatten würde.

- 4 -

Auch eine schriftliche Anfrage des Umweltbundesamtes beim Leiter der Bundesanstalt für Bodenwirtschaft, Herrn Univ. Doz. Dr. Otto H. Danneberg, brachte in dieser Hinsicht keine Klärung. Herr Doz. Danneberg konnte kein Gerät nennen, das für seine Anstalt verwendbar wäre und das beim Umweltbundesamt nicht ausgelastet ist.

Im Gegensatz zur Behauptung der Anfrage ist der Auslastungsgrad aller im Umweltbundesamt vorhandenen Bildverarbeitungsgeräte sehr hoch. Mit den Bildverarbeitungsgeräten werden Untersuchungen des Vegetationszustandes in verschiedenen Gebieten Österreichs, Klassifikationen als Grundlage für das Umweltinformationssystem, ein Emissionskataster, Feststellungen zur Flächeninanspruchnahme etc. durchgeführt, wobei einige Geräte (graphische Arbeitsplätze) wegen der hohen Auslastung bereits in mehreren Schichten betrieben werden müssen.

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'F. H. H.', written vertically.